



Liebe Leserin, lieber Leser,

das „Linke Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ“ wird bei den Kommunalwahlen 2009 - wie auch schon 2004 - kandidieren und ruft die Linken in Dortmund zur Bildung eines Wahlbündnisses auf (vgl. Seite 2).

Tagtäglich richtet der Kapitalismus verheerende Schäden an, er ist Ursache für die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, für die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, für militärische Gewaltanwendung und den Ausbau des autoritären Überwachungsstaates. Dieser gesellschaftliche Rückschritt führt in den Städten und Gemeinden zu Spaltung und Ausgrenzung, zu Demokratieverlust und wachsender Ungleichheit, zu Verschleuderung öffentlichen Eigentums und Abbau von Davonvorsorge.

Wir meinen, dass diesem auf Privateigentum und Profit-spekulation basierenden System eine Alternative entgegengesetzt werden muss - wir nennen sie Sozialismus.

Wir meinen nicht, dass der Kapitalismus so umgebaut werden kann, dass er „gezähmt“ und beherrschbar gemacht werden kann. Er gehört überwunden und ersetzt durch eine den Bedürfnissen der Menschen entsprechende Verfasstheit der Gesellschaft.

Diese Einsicht haben viele Menschen in unserer Stadt bereits gewonnen, viele andere erkennen in diesen Monaten, dass ihre Interessen im Kapitalismus nicht aufgehoben sind. Sie alle laden wir ein, mit uns an grundsätzlichen politischen Veränderungen zu wirken. Unsere Kandidatur zu Kommunalwahl 2009 bietet dazu eine Möglichkeit.

Herzlich grüßt Linkes Bündnis Dortmund

Kleine Rede anlässlich der Montags-Demo am 13.10.2008

Reden wir vom Geld!

Zurzeit flattern Billionen Dollars, Euros und Pfund weltweit von öffentlichen Kassen in die der privaten Banken- und Versicherungskonzerne. Es heißt die müssen gerettet werden, damit die Welt gerettet wird. Das Gegenteil ist richtig: So lange die Kapitalisten Gewinne wegtragen und Verluste sozialisieren, gerät die Welt immer näher an den Abgrund.

Das neue Spielgeld für die Spekulanten bedeutet weiteres Ausplündern der öffentlichen Kassen. Die Staaten, Länder und Kommunen sind aber schon arm gemacht worden – jahrelang und einträchtig von Kapital und Politik. Wie sollen sie da selbst an die Billionen Dollars, Euros und Pfund kommen? Das sind die Möglichkeiten:

1. Sie können ihre letzten Reserven aus den Panzerschränken holen und damit alle Regeln des Haushaltens außer Kraft setzen - das reichte allerdings nicht weit.

2. Sie können das Geld drucken – damit würden sie den platzenden Blasen der Finanzjongleure eine neue hinzufügen, die selbst schnell platzen würde.

3. Sie können das Geld leihen, klar wo: bei den privaten Banken und Versicherungskonzernen, denen sie es danach zurückgeben – oder werfen sie es denen erst hin, damit die es ihnen leihen können?

4. Sie können einen Schnitt machen und über Nacht eine neue Währungsreform durchführen – da müsste Europa mitmachen, das wäre nicht so einfach zu realisieren.

5. Sie können es direkt bei den arbeitenden Menschen, bei den Rentner/innen, bei den Erwerbslosen, bei der Jugend holen – so wird es werden. Das werden sie machen!

In der Bundesrepublik wird jetzt offen über eine Stütze der Spekulanten in den Banken in Höhe von 400/500 Milliarden Euros geredet. Ja, das ist es: Hartz IV für die hilfebedürftigen Banker/innen. Aber das Gesetz wird einen anderen Namen erhalten, vielleicht wird es Merkel/Steinbrück I heißen. Das Gesetz soll innerhalb einer Woche gemacht werden, da sind bald Merkel/Steinbrück II, III und IV zu erwarten. Eine Woche Politik reicht denen für

das Privatisieren von 400/500 Milliarden unseres gesellschaftlich erarbeiteten Eigentums!

Was wird dieses Debakel politisch ändern? Wird es die Kriege in der Welt beenden? Der Bankrott des US-Staates, das Massenelend der Menschen in den USA, der Zusammenbruch ihrer großen Produktion in großen Teilen ist nicht zuletzt auch den Kriegen der USA geschuldet (die später mal viel Geld hereinbringen sollten) – werden die USA nun ihre Kriege stoppen? Die Kriegsbeteiligungen der Bundesrepublik kosten Milliarden – wird der Verfassungsbruch, wird das Töten am Hindukussh nun beendet werden? Am Donnerstag hat der Bundestag zu entscheiden, ob er noch mehr Krieg will. Wir sagen dazu NEIN!

Dieses Debakel wird unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen ganz massiv nach unten drücken, noch mehr Menschen als bisher schon in gesundheits- und lebensbedrohte Existenz bringen. Die öffentliche Hand wird Geld vor allem für die militärische Sicherung dieser asozialen Politik nach außen einsetzen und wie angekündigt bald auch nach innen. Sie wird noch weniger Geld einsetzen für gesellschaftlich erforderliche Infrastrukturen und für Investitionen in Bildung und Ausbildung, in Fürsorge und Gesundheit, in alles Soziale. Sie wird weiter an der Schraube nach unten drehen. Wo die Politik jetzt noch sagt, Du musst Dich entscheiden: Hungern *oder* Frieren, wird sie bald sagen: Hungern *und* Frieren. Wir sagen dazu NEIN!

Wir werden uns daran beteiligen, Widerstand zu entwickeln, zu organisieren und zu verstärken. Nein zum menschenfeindlichen Kapitalismus. Ja zur Alternative – wir nennen sie Sozialismus.

Wolfgang Richter, Ratsmitglied
"Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ"

Inhalt:

- Seite 2: Vorschlag zur Kommunalwahl 2009
- Seite 3: Flugblatt Sozialticket erhalten!
- Seite 4/5: Sondersitzung des Stadtrats
- Seite 6: Keine Einschnitte beim Klinikum!

Kommunalwahl 2009:**Ein Bündnis der Linken
in Dortmund bilden!****Unser Vorschlag**

Parteilose Linke, DKP und SDAJ
www.linkes-buendnis-dortmund.de

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
 liebe Freunde und Freundinnen,

das "Linke Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" ruft die Linken in Dortmund - Parteien, Personen, Organisationen - zur Bildung eines Wahlbündnisses zur Kommunalwahl 2009 auf. Wir richten diesen Aufruf erneut auch an die Partei Die Linke. Wir sind der Auffassung, dass die Einheit aller linken Kräfte in einem Wahlbündnis auf gleichberechtigter Grundlage hergestellt werden kann und soll. Dem Abbau des Sozialstaats, der Umverteilung von Unten nach Oben, der Zerstörung der städtischen Lebenswelt, der zunehmenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, der bewusst herbeigeführten Finanzmisere der öffentlichen Kassen, dem Abbau demokratischer Rechte und dem Erstarken neofaschistischer Tendenzen muss eine demokratische und fortschrittliche Politik entgegengesetzt werden.

Der Kapitalismus ist nicht imstande, die Welt menschlich und friedlich, die Gesellschaft demokratisch und sozial zu gestalten und die Natur als Lebensgrundlage zu erhalten und zu entwickeln.

Ein Wahlbündnis aller Linken in Dortmund kann dazu beitragen, die politische und kulturelle Vielfalt der Linken demokratisch weiterzuentwickeln und ihre politische Gestaltungskraft vor Ort zu erhöhen. Die organisatorische und politische Eigenständigkeit der Beteiligten über einen zu findenden Konsens hinaus bleibt erhalten. Die Mitwirkung im Bündnis steht allen offen, die seine Ziele unterstützen und an ihrer Verwirklichung mitwirken wollen. Das Bündnis sucht die Zusammenarbeit mit Personen, Gruppen und Parteien, die an Antworten auf die sozialen, kulturellen und politischen Deformationen durch den Kapitalismus in unserem Land und in Dortmund arbeiten.

Wir schlagen vor, in den Mittelpunkt der Politik des Wahlbündnisses folgende Themen zu stellen: Frieden und Antifaschismus, Staat vor Privat, Arbeit und Ausbildung, Gesundheit und Umwelt, Bildung und Kultur. Zu den wichtigsten Feldern der Kommunalpolitik werden Fachprogramme entwickelt, die diese politische Programmatik verdeutlichen:

Frieden – Militarismus ächten! Kriege beenden! Friedensbündnis statt NATO!
 Antifa – Verharmlosung beenden! Gegen jeden neu aufkeimenden Faschismus vorgehen!
 Arbeit und Ausbildung – Das ist nicht alles, aber ohne Arbeit und Ausbildung ist alles nichts!
 Ausgrenzung und Armut – Sozialer Kampf ohne Kompromisse ist angesagt: "Sozial is muss!"
 Bildung und Kultur – Freier Zugang für alle statt teure "Events" für die alten und neuen Eliten!
 Kinder und Jugend – Sie brauchen Achtung, Zuneigung und Finanzmittel. Und von allem viel!
 Frauen – Gleiche Rechte und Ressourcen für das Erreichen ihrer Lebensentwürfe!
 Migration – Die Gesellschaft kann und soll und wird nicht ohne Internationalismus leben!
 Stadt und Verkehr, Umwelt und Gesundheit – Der Mensch gehört wirklich in den Mittelpunkt!
 Gläsernes Rathaus und Demokratie in Politik und Verwaltung – Uns gehört die Stadt!

Die Logik des Kapitalismus ist, dass immer mehr Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut, Krankheit und Obdachlosigkeit, auf verseuchten Böden und in vergifteter Luft leben müssen - und gleichzeitig Luxus und Überfluss bei den Reichen und Superreichen zunehmen, ökonomische und politische Macht sich immer unkontrollierbarer zusammenballen.

Das "wölfische Prinzip" des Privateigentums hetzt die Menschen gegeneinander, Abhängig Arbeitende gegen Erwerbslose, Männer gegen Frauen, Junge gegen Alte, Inländer gegen Ausländer, es grenzt Bevölkerungsteile als Randgruppen aus, duldet verfassungswidrig alte und neue Nazibanden, konzentriert sich auf das Unterdrücken grundsätzlicher linker Opposition usw. Der militärischen Gewaltanwendung nach außen entspricht der Ausbau des Überwachungsstaates nach innen.

Die unsoziale, undemokratische und friedensfeindliche Logik des Kapitalismus ist nicht der einzig mögliche Entwicklungsweg der Menschheit und unserer Gesellschaft. Eine andere Welt ist möglich! Die Alternative wird eine sozialistische sein.

Ein altes Thema, ein neues Flugblatt im September – DSW und SPD wollen das Sozialticket kippen:

Erhöhen des Ticketpreises?
Kürzen der Kündigungsfrist?

Wir bleiben dabei:

**Hände weg
vom Sozialticket !**

**linkes
Bündnis** DORTMUND

Parteilose Linke, DKP und SDAJ

c/o Oesterholzstraße 27, 44141 Dortmund
Spendenkonto: 181033169 Sparkasse Dortmund (44050199)

Unsere Forderung war ein Null-Ticket!

Zur Erinnerung: Das 15-Euro-Sozialticket hatte ein Null-Euro-Ticket sein sollen! Seit Jahren hatten "Sozialforum Dortmund", "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ", "PDS", später "Die Linke.Dortmund" ein Sozialticket zum Nulltarif gefordert. Ebenso lange hatten SPD und Grüne im Rat abgeblockt. Schließlich mussten sie etwas tun: Sie machten zum Jahresbeginn ein Sozialticket für 15 Euro, nannten es einen Versuch für zwei Jahre und ließen sich groß feiern: Seht, wie sozial und wie grün wir sind!

Kaum war ein halbes Jahr des Versuchs herum, da präsentierte die DSW eine dubiose Rechnung: Oh, es kostet etwas, das hatten wir nicht gedacht – da müssen wir aber mehr Geld haben. Oh, sagen Herr Prüsse für die SPD-Fraktion und Herr Dr. Langemeyer als Chef im "Konzern Stadt Dortmund", da müssen wir das Ticket teurer machen. Sagen wir 25 Euro. Oder 30? Oder 35? Natürlich müssen das die Leute selbst bezahlen, wer denn sonst? Jau, sagen CDU und FDP im Rat, das haben wir doch immer gesagt. Au, sagen die Grünen im Rat, lass uns erstmal prüfen.

Die Preiserhöhung scheint zur Zeit vom Tisch zu sein. Der neue Plan heißt: Der Vertrag zwischen Stadt und DSW über den Versuch soll jederzeit mit Monatsfrist gekündigt werden können! Das wäre die Einladung an den DSW-Vorstand, den Versuch nach Zahlenspielen seiner Art (geheim, undurchsichtig, dubios) baldmöglichst zu beenden – Oberbürgermeister und SPD-CDU-Grün-FDP im Rat könnten ihre Hände in Unschuld waschen.

"Soziale Stadt Dortmund"?

Gerade erst war ein Aktionsprogramm "Soziale Stadt Dortmund" verkündet worden. Aber Papier ist geduldig – sozial Handeln ist konkret. Besonders alle die Menschen, die zu wenig Einkommen haben, spüren die Preis-Schraube bei Lebensmitteln und Energie - die ihnen zustehenden Leistungen hingegen sind festgezurr und verharren auf ihrem Niveau ganz unten. Mit jeder Drehung

der Schraube weniger Lebensqualität, so einfach ist es. Wer die Kosten für das Benutzen der Busse und Bahnen in der Stadt nach oben schraubt, der nimmt in Kauf, dass die Mittellosen sich entscheiden müssen: schlechter essen oder seltener Licht einschalten oder zu Fuß zum Amt in die Stadt. Wie sozial! Wie christlich! Wie liberal!



Hör auf zu brüllen, U-Bahn is nich!

Unser Ziel bleibt ein Null-Ticket!

Es ist ein soziales Muss, eine kulturelle Tat und ein demokratisches Prinzip: Die Stadt gehört allen! Die Laufzeit des halbherzigen 15-Euro-Tickets sollte dazu genutzt werden, dieses Ziel zu erreichen! Es sieht so aus, dass dies gegen SPD-CDU-FDP im Rat und ihre Helfershelfer draußen durchgesetzt werden muss. Sie wollen soziale Euros für die Umverteilung nach oben und ihre Tänze um die Goldenen Kälber haben – wäre das Dortmund der "U" nicht verhüllt, könnten es alle beobachten: das wird gerade neu vergoldet!

Splitter aus dem Rathaus

Vorbemerkung: Die Sitzungstermine von Rat und Ausschüssen, Tagesordnungen, Vorlagen und Protokolle sind auf der Homepage der Stadt – <http://www.dortmund.de> - zu finden. Nachdem die Fraktion "Die Linken im Rat" eine eigene Homepage – www.die-linken-im-rat-dortmund.de – eingerichtet hat, werden Berichte aus dem Rat und aus den Ausschüssen aus ihrer Sicht dort gegeben. Hier werden nun nur noch ausgewählte Themen, Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge aus der Sicht des "Linken Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" wiedergegeben, für das Wolfgang Richter in den Rat gewählt wurde. Aus Platzgründen können dies nur Auszüge sein – Splitter – mehr dazu ist auf unserer Homepage selbst zu finden: www.linkes-buendnis-dortmund.de

Sondersitzung des Rates am 23.10.2008

Das Betriebsklima in der Stadtverwaltung und die Verantwortung der Verwaltungsspitze

Nach zahlreichen Skandalen in der Personalführung der Stadtverwaltung Dortmund und einer Protestkundgebung von 1000 Beschäftigten vor dem Rathaus hat die Fraktion "Die Linken im Rat" auf Vorschlag der VLL an die demokratischen Ratsfraktionen als einzige eine Sondersitzung des Rates beantragt. Unter Beobachtung vieler Beschäftigter der Stadt fand die Sitzung am 23. Oktober statt.

Gegenstand der Sitzung waren eine Resolution und ein Antrag, die von der Fraktion vorgelegt worden waren. Die SPD-Grünen-Fraktion hatte einmal wieder einen schwachen Gegenantrag nachgelegt, der abschließend von den Fraktionen SPD/CDU/Grün/FDP bei Enthaltung der Fraktion "Die Linken im Rat" angenommen wurde. In der Debatte sprachen die vier Mitglieder der Fraktion zu verschiedenen Aspekten ihrer Resolution und ihres Antrags. Hier wird der Beitrag von Wolfgang Richter wiedergegeben:

Wortmeldung Wolfgang Richter

... ich bin froh, dass die Fraktion "Die Linken im Rat" diese Sondersitzung einberufen hat. Auf diese Weise sind die Probleme der Beschäftigten in der Stadtverwaltung endlich einmal hier aufgerufen worden und Sie müssen sich damit auseinander setzen. Wir haben Ihnen dadurch auch die Gelegenheit verschafft, große schöne Reden zu halten. Im Allgemeinen haben Sie uns alle, SPD wie CDU, bestätigt – aber wir fragen Sie nach den Folgerungen, die Sie ziehen werden. Dazu war wenig Konkretes zu hören. *(Beifall Empore)*

Ich komme zur mündlichen Begründung zweier unserer Anträge: Das Untersagen geheimer Aufzeichnungen privater Äußerungen im Betrieb und das korrekte Wahrnehmen der Aufgaben des Datenschutzbeauftragten.

Wenn das schriftliche Festhalten privater Gespräche für die Verwaltungsspitze tatsächlich "Routinegeschichten" sind, wie es von ihr dargestellt worden ist, dann wissen wir jetzt, dass die Vorkommnisse im Amt nur die Spitze des Eisbergs sind. Rund um die eher zufällig bekannt gewordenen Spitzen herum herrscht das offenbar "ganz normale" Klima in der Stadtverwaltung – eisig. Was denen oben in der Hierarchie "Routinegeschichte" ist, heißt für die weiter unten in der Hierarchie: Pass auf, was Du sagst. Immer. In der Personalführung ist das für die betrieblichen Sozial- und Arbeitsbeziehungen noch tödlicher als ein offen ausgesprochener Maulkorb. Da weiß man wenigstens, woran man ist. *(Beifall Empore)*

Der Datenschutzbeauftragte des "Vorstandsvorsitzenden" weiß das, wenn er den Beschäftigten genau in der

jetzigen Situation sagt, sie sollen sich – aus Datenschutzgründen - überlegen, was sie sagen. Datenschutz als Instrument der Verwaltungsspitze einzusetzen, kehrt seinen Auftrag um - Datenschutz ist im Interesse der arbeitenden und verbrauchenden Menschen entwickelt worden und gerade nicht im Interesse der herrschenden Politikziele. Dies umzukehren und gegen die Beschäftigten zu richten, ist einfach nur pervers. Wer dies hier angeordnet oder auch nur angeraten hat, hat den Boden unserer Verfassung verlassen und verletzt die Menschenwürde. *(Beifall Empore, Unruhe im Plenum)*

Im Kern und mit Blick auf Führungskompetenz in der Stadtverwaltung Dortmund geht es hier um andauerndes Nichtanerkennen der Mitarbeiter/innen und ihrer Leistungen und um ständiges Misstrauen ihnen und ihren Leistungen gegenüber. Auf diese Weise wird fachliches und persönliches Selbstbewusstsein am Arbeitsplatz und kooperativ-kollegiales Arbeiten massiv behindert, im Prinzip wird es abgetötet. Die Folge ist das Abwürgen eigenständigen kompetenten Handelns der Beschäftigten im Betrieb. Wer missachtet wird, im Dauerstress steht und Angst vor Fehlern und vor Disziplinarmaßnahmen haben muss, wird "Dienst nach Vorschrift" als letzte erträgliche Lösung ansehen. *(Beifall Empore)*

Es ist dies eigentlich der Grundkurs jeder Unternehmensberatung. Die hat sich die Verwaltungsspitze ja ständig und zu hohen Kosten privat eingekauft. Umso mehr muss gefragt werden, warum der Grundkurs nicht angewandt wurde und wird. Meine These ist, dass das Erlernte nicht einfach verloren gegangen oder verlernt worden ist, sondern dass es in vollem Bewusstsein beiseitegeschoben wurde. Wäre es anders, gäbe es nur die große Erfolgsstory, die Sie so gerne erzählen. Es ist aber nicht so, sondern alle Indizien und Klagen über die dem Grundkurs hohnsprechenden Zustände sind durchgängig. ...

"Führung" erschöpft sich unter solchem Vorzeichen im Anordnen, Druckmachen, Verboten und in Mobbing, heimlichen Notizen, Rauswürfen. Befehl und Gehorsam werden zu Regeln im Alltag wie Schnauzehalten und Weitermachen, solange es auszuhalten ist. Von "guter Arbeit" kann so nicht die Rede sein – in Ihren Augen sollen das mal schöne Beschlüsse auf Gewerkschaftstagen bleiben. Bei der IG Metall 2006 hieß es klar und deutlich: "Bei der Arbeit aufrecht gehen wollen und aufrecht gehen können - das bleibt unser vornehmstes Ziel." Dem Verwaltungsvorstand war und ist dies überhaupt kein Ziel. "Gute Arbeit" – dazu gibt es einen jährlichen DGB-Index von schlechter, mittelmäßiger bis eben guter Arbeit – wie weit hinten wäre denn auf dieser Skala die Stadtverwaltung Dortmund heute zu finden? "Gute Arbeit muss drin sein!" – das war gerade ein 1.Mai-Aufruf. Die Wirklichkeit in der Stadtverwaltung ist leider eine sehr andere.

Die Vorgaben im Jargon des Verwaltungsvorstands hießen sowieso stets anders: "Konzern Stadt Dortmund", "Verwaltung 2020", "das schnelle Dortmund", "das machen wir im Schweinsgalopp" und so weiter und so fort. Mehr produzieren, schneller arbeiten, billiger sein, öffentliche Daseinsfürsorge herunterfahren und Infrastrukturleistungen unter Niveau drücken. Ihr einziges Ziel war und ist: Alles für große Investoren investieren – auf diesem Weg sind Sie vielfach gescheitert. Das legendär gepowerte "dortmund project" haben Sie still beerdigt, überdrehte Großprojekte sind abgestürzt, da waren Sie plötzlich nur der Briefträger gewesen. Projekte mit Denkmalcharakter sind Ihr ganzer Ehrgeiz. Im Aufgabengebiet "Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung" haben Sie gegen unsere Stimmen die Beschäftigung gestrichen – das zeigte überdeutlich, was Ihnen Beschäftigung wert ist. Es interessiert Sie überhaupt nicht, wie die Menschen arbeiten. *(Beifall Empore)* weiter

Wo die Beschäftigten die Aufgaben nicht mehr erfüllen können, setzen Sie Billigarbeit und Null-Kosten-Arbeit ein, Praktika, Ein-Euro-Jobs, Erziehungs- und Bestrafungsarbeit usw. An manchen solcher Modelle verdienen Sie noch.

Das war und ist die extrem neoliberale Strategie und – wie immer deutlicher wird – extrem risikoreiche Haushälterei der SPD-Grünen-Politik im Rat und in der Verwaltungsspitze mit dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Lange-meyer und dem ihm liebsten, passgenauen Nachfolger Stadtdirektor Sierau. Wo der eine aufgibt, ist Seinesgleichen schon da. (*Beifall Empore, Heiterkeit im Plenum*)

Seit kurzem heißt der neue Werbejargon "Soziale Stadt Dortmund". Alle wissen es: Genau besehen ist dies wieder eine buntschillernde Seifenblase für die politische Werbung "draußen". Sie erscheint politisch korrekt. Aber sie darf nichts kosten. Für "drinnen", für die Beschäftigten in der Stadtverwaltung selbst bringt dieser Aktionsplan "Soziale Stadt Dortmund" schon gar nichts Soziales. Die Arbeitswirklichkeit im "Konzern Stadt Dortmund" sieht leider sehr anders aus.

Solche zerstörerische Strategie hält so lange, bis sie 1000 Beschäftigte vor das Rathaus führt. Anders herum gesagt: Bis es so weit ist, muss viel geschehen sein. Davon können wir hier nur wenig zur Sprache bringen – die Beschäftigten selbst, ihre Vertrauensleute könnten um vieles mehr berichten. Wir haben den Schritt der Beschäftigten am 4. Oktober mittags hin zum Friedensplatz begrüßt. Angesichts der rüden Leitung im Betrieb bezeichnen wir ihn als mutig. Wir haben auch die Unterstützung begrüßt, die Verdi zur Durchführung der verlängerten Mittagspause und zum Einberufen dieser Sondersitzung des Rats geleistet hat und sprechen ihrer Arbeit unsere Achtung und Solidarität aus. (*Beifall Empore*) Weder instrumentalisieren wir die Gewerkschaften noch die Gewerkschaften uns, da können Sie ganz sicher sein. Es kann aber sein, dass alte Instrumentalisierungen nicht mehr funktionieren, für die die politische Grundlage entfallen ist. Wo Sozialdemokratie sich als Vorstandsvorsitz eines Konzerns begreift, müssen andere Formen der Auseinandersetzung her als Konsensrunden. Um nicht missverstanden zu werden – eine CDU-FDP-Figur als Vorstandsvorsitzenden kann sich niemand wirklich wünschen, weder die Bürger draußen noch die Beschäftigten drinnen. (*Beifall Empore*)

Eine gründliche und angstfreie Ursachenforschung ist überfällig – angstfrei in Bezug auf Ergebnisse, die Ihnen womöglich nicht passen. Bevor Sie die notwendige Analyse nun oberflächlich, hastig und folgenlos betreiben, will ich einige Zusammenhänge benennen, deren gründliche Bearbeitung die Ursachenforschung befördern könnte:

1. Das Programm "Verwaltung 2020" orientiert so sehr auf Unterausstattung und Überlastung, auf Beschleunigen von Arbeitsprozessen und Dienstleistungen und auf Durchsetzen von "Sparwut" im Haus, dass die Qualität der Arbeitsbeziehungen und Arbeitsergebnisse prinzipiell leidet;

2. Der zugespitzte neoliberale Weg von der Stadtverwaltung zum "Konzern Stadt Dortmund" hat die Maßstäbe und Kriterien für die sozialen und Arbeitsbeziehungen im Betrieb verschoben und ein Menschenbild installiert, das entscheidende Qualitäten und Werte von Arbeit ausklammert;

3. Das Ausrichten der kommunalen Doppelspitze auf eine Person hat das Missverständnis erzeugt und verfestigt es mit jedem Amtsjahr, die Stadtverwaltung "gehöre" dem gewählten Vorstandsvorsitzenden (und seiner Gang in Rat und Verwaltung) und habe ihm nach obrigkeitstaatlichem Muster bedingungslos zu dienen.

Wenn Sie solche Leitlinien für Ihre Analyse benutzen, werden Sie zu brauchbaren Ergebnissen kommen können.

Der Verwaltungsvorstand hat massiv versagt, der Rat der Stadt ist gefordert. Dazu hat Sie die Fraktion "Die Linken im Rat" aufgefordert. Es ist nur konsequent, dass ich Sie abschließend bitte, der vorgelegten Resolution der Fraktion "Die Linken im Rat" und ihren Anträgen zuzustimmen. Sie werden das nicht tun, sondern das Abwischpapier der SPD-Grünen-Fraktion bevorzugen. So wenig in so wichtiger Frage können wir nicht unterstützen, wir werden uns enthalten. (*Beifall Empore*)

Ergebnis: Am Ende der Sondersitzung wurde die mit ver.di beratene Resolution der Fraktion "Die Linken im Rat" (siehe unten) von SPD/CDU/Grün/FDP gemeinschaftlich ebenso borniert abgelehnt wie der Antrag zum Abstellen konkreter Fehlleistungen der Verwaltungsspitze.

Resolution:

Für "gute Arbeit" bei der Stadt Dortmund

Der Rat erkennt mit großer Sorge, dass die Arbeitsbeziehungen in der Stadtverwaltung derzeit gekennzeichnet sind von Unzufriedenheit, Unsicherheit, Unruhe und Unfrieden. Bekannt gewordene Disziplinarverfahren und juristische Auseinandersetzungen künden ebenso unmissverständlich wie die Geschäftsberichte des Personalrats, die Stellungnahmen der Gewerkschaft ver.di und nicht zuletzt die öffentlichen Proteste der Beschäftigten von einem Zustand und einer Entwicklung in der Stadtverwaltung, die unakzeptabel sind. Fachliche Fehlleistungen "oben" und persönliche Tragödien "unten" haben sich gehäuft.

Der Rat bekräftigt seine politische Verantwortung für das Arbeitsgeschehen in der Stadtverwaltung. Sowohl im Kernbereich als auch bei den städtischen Betrieben muss "gute Arbeit" die selbstverständliche Regel sein. Der Rat besteht darauf, dass die Beschäftigten in ihren Tätigkeiten beruflich und sozial anerkannt werden und qualifizierte Rahmenbedingungen, Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten haben. Autoritäre Vorgaben für Dienst"vereinbarungen" gehören so wenig dazu wie das Austeilen von "Maulkörben".

Der Rat erinnert den Verwaltungsvorstand an seine Fürsorgepflichten und fordert ihn auf, seine Verantwortung für mindestens korrekte und darüber hinaus für maßstabsetzend gute Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Dienst der Stadt Dortmund aktiv wahrzunehmen. Wo sie verloren gegangen sind, müssen sie wieder hergestellt und nachhaltig gesichert werden. Ängste am Arbeitsplatz, Über- und Unterforderungen, Stress und Überlastung, Deprimierung und innere Emigration müssen ausgeschlossen werden. Dies verlangt das verbindliche Beteiligen der Beschäftigten und ihrer Personalvertretungen als Voraussetzung für das Entfalten von Gestaltungskompetenz an jedem Platz.

Der Rat erwartet zeitnah einen Bericht des Verwaltungsvorstands zur aktuellen Konfliktsituation. Grundlage für ihn soll eine Bestandsaufnahme der Qualitäten und Defizite in den Führungs- und Beteiligungsstrukturen sein. Dazu gehört eine gründliche Ursachenforschung. Sie griffe zu kurz, wenn sie nur "Laisser faire" oder "persönliche Schwächen in eigentlich geordneten Verhältnissen" feststellte. Eine für die Zukunft tragfähige Antwort muss eine vorurteilsfreie Kritik der derzeitigen Verwaltungsstrategien und eine Analyse des Einflusses der Leitbilder der kommunalen Politik auf die Arbeitsbeziehungen im "Konzern Stadt Dortmund" leisten. Abschließend soll der Bericht die Folgen darstellen, die der Verwaltungsvorstand zieht, und Zeitrahmen wie Bedingungen ihrer Umsetzung erläutern.

Der Rat wird auch die Vertretung der Beschäftigten um einen Bericht aus ihrer Sicht bitten.

Von Anfang an ist das "Linke Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" und insbesondere die Gruppe Klinik- & Kreuzviertel aktiv beteiligt an den Aktionen von ver.di und DGB Dortmund gegen die angedrohte Privatisierung des Klinikums und gegen andere "Rettungs-Konzepte" der Verwaltungsspitzen von Stadt und Klinikum: Informationsstände im Klinikviertel, Besuche von Stationen im Klinikum, Sammlung von Unterschriften, Straßentheater wechselten sich ab. Im November folgt eine ganze Reihe Veranstaltungen zu dem einen Thema: Gegen den Raubbau im Gesundheitswesen!

Gesundheit ist keine Ware!

Das Bestreben, unser Dortmunder Klinikum zu privatisieren ist weder ein Einzel- noch ein Zufall. Bundesweit sind Krankenhäuser von Schließung oder der Übernahme durch private Investoren bedroht.

Solche Unternehmen sind aber nicht am Erhalt des Gesundheitswesens interessiert, sondern in erster Linie am Profit, der sie erwirtschaften können.

Im Zweifel auf Kosten der Beschäftigten und auf Kosten der Patienten und Patientinnen!

Jede Privatisierung im Gesundheitssektor treibt die 2-Klassen-Medizin ein Stück weiter voran und damit auch die soziale Schere zwischen Armer und Reicher weiter auseinander.

Bund, Länder und Kommunen versuchen sich zunehmend unter dem Vorwand angeblich leerer Kassen, aus der Verantwortung zu stellen. Dabei sind hunderte Millionen von Euro vorhanden: sei es für Kriege (wie in Afghanistan), sei es für Schulden für Banken & Kommunen (z.B. WestLB & NKA), oder für manch Unwichtiges (Phoeniksee, Flughafenusbahn...)

Unsere hochwertige Veranstaltungsreihe soll Hintergrundinformationen liefern, soll Mut zum Widerstand gegen den Raubbau am Gesundheitswesen machen, soll die unterschiedlichen Betroffenen & Kämpfenden an einen Tisch bringen.

Wir laden herzlich ein!

Alle Veranstaltungen finden statt im:

Taranta Babu Kulturhaus
Wilhelmstraße / Ecke Amalienstraße
15m vor der U Südliche Klinik
172m vor der U Westfalen

Wer zu Hause bleibt

*Wer zu Hause bleibt,
wenn der Kampf beginnt,
und lässt andere kämpfen
für seine Sache,
der muss sich vorsehen!*

*Wenn wer den Kampf nicht geteilt hat,
der wird teilen die Niederlage
Nicht einmal Kampf vermeiden
wer den Kampf vermeiden will!*

*Wenn es wird kämpfen,
für die Sache des Hundes
wer für seine eigene Sache
nicht gekämpft hat*

Bertolt Brecht

Der Kampf um den Erhalt des Klinikums DO in kommunaler Trägerschaft hat längst begonnen: ersten vollen Gänge!

Warum wir mitkämpfen?
Well es unsere Sache ist als Beschäftigte, aber auch als Patientinnen und Patienten!
Wir wollen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals und aller anderer Beschäftigten des Klinikums sowie die Sicherheit, dass das Klinikum DO auch in Zukunft ein Maximumsorge bietet!

**Keine Einschnitte
beim
Klinikum DO!**



**Veranstaltungsreihe
gegen den Raubbau
im Gesundheitswesen**

November 2008



Parteilose Linke, DKP und SDAJ

www.linkes-buendnis-dortmund.de

© 2007, 2008 - Alle Rechte vorbehalten 2007-2008

„SICKO“ – von Michael Moore

Kino-Abend

Doku-Film über die bitterbösen Ausrichtungen des US-amerikanischen Gesundheitswesens

In der ersten Zeit wurden also in den Nachrichten zynische Berichte über Menschen, die in US-amerikanischen Krankenhäusern im Wartezimmer unter unerschienen Bedingungen sterben mussten, erst dann eine medienfähige Berichterstattung wurde. Doch es ist lediglich die Spitze des Eisbergs.

Der Alltag amerikanischer PatientInnen kann kaum besser aus Michael Moore berichtet von den hohen Ticket- und Medikamentenpreisen der Versicherungen, welche zu oft mit fachschlechten Argumenten die Zahlung medizinisch notwendiger Leistungen verweigern. Er berichtet auf welchen Einfluss die Lobbyisten der Pharmakonzerne auf die Politik in Washington haben und wie riesige, erlöge feilgebote Beförderungskräfte die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 an verschiedenen Krankenhäusern fließen und die darüber bewilligen, dass die Regierung für die nötige Behandlung nicht bezahlen wollte. Sie sahen ja nur Profitgelder an.

Zum Ende von Film Moore im Gespräch mit einer Tochter der Guantanao-Inszenierung, dort, dass ein Asthmaspray, welches in den USA über 100 Dollar kostet, in Cuba für 5 Cent zu erwerben ist.

Wer sich immer noch nicht auf der Seite der Gegenfrieren der Privatisierung des Gesundheitswesens abgefunden hat, möge kommen und den Film mit uns sehen. Alle anderen bekommen ihre Beförderungsbefreiung. Und das Leben bleibt einem garantiert im Halse stecken. Zum Glück ist das Klinikum gleich nebenan!

Fr. 118 Mr.

Donnerstag, 06. Nov. 2008 – 19.00 Uhr

„Gesundheit, Sozialismus!“

Vortrag und Diskussion

mit **Dr. Yuswary Sánchez Robaina / Cuba**
(ehemalige Abteilung für internationale Beziehungen beim Gesundheitsministerium in Havanna)

Sozial ist Muss!
Das kubanische Gesundheitssystem gilt als eines der fortschrittlichsten der Welt: trotz der fast 50-jährigen Wirtschaftskrise: lag die kleine sozialistische Staat größtenteils wert auf die Gesundheit seiner Bevölkerung.
Das Recht auf kostenlose! medizinische Versorgung für alle KubanInnen ist sogar in der Verfassung der Konstitution festgeschrieben. Zudem leisten tausende cubanische ÄrztInnen, Pfleger und Schwestern internationale Solidarität in vielen Ländern Lateinamerikas, Afrikas oder Asiens.

Unser Gast wird uns über Anspruch und Wirklichkeit der Praxis berichten, er wird uns das System des öffentlichen Netzes von Polikliniken und so genannten „Familienärzten“ erklären, welches ermöglicht, dass auf 155 CubanInnen je ein Arzt kommt, dass Cuba weltweit eine der niedrigsten Kindersterblichkeitsraten hat und überdies eine der höchsten Lebenserwartungen.

Und natürlich, welchen Zusammenhang es zwischen diesen Fakten und dem Sozialismus gibt. Gibt es gute Gesundheitsversorgung nicht auch ohne...?

Donnerstag, 13. Nov. 2008 – 19.00 Uhr

„...wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

Podiumsdiskussion

In ganz Deutschland kämpfen Angestellte, Betriebs- und Personalräte sowie die Gewerkschaften gegen, gegen Stellenabbau, Gehaltskürzungen und drohende Privatisierung.

Wir haben sie eingeladen: um uns von ihren Aktionen berichten zu lassen, um voneinander zu lernen, um Gemeinsamkeiten herauszufinden und um erfolgreiche Strategien zu entwickeln...

Wir werden sie konfrontieren: mit den Argumenten der Befürworter einer privatisierten Gesundheitsversorgung, mit „Preis, vor Staat“, Lobbying und Mißwirtschaft von kommunalen Trägern!

Wir wollen es wissen: welche Vorschläge haben sie kurz, mittel- und langfristig, um die Krise des Gesundheitswesens zu lösen?

Auf das Podium haben wir eingeladen: verschiedene Menschen aus dem Gesundheitswesen z.B. Betriebs- bzw. Personalräte, PflegerInnen, GewerkschafterInnen, PolitikerInnen aus unterschiedlichen Parteien. Sie sind hier vor uns, um Erfahrungen, die sie als Opfer von Privatisierung gemacht haben, aber auch von erfolgreichen Kämpfen. Und wie denken die Machenschaften der Profiteure aus der Pharma-industrie auf die können unsere Seite werden auf der Homepage bekannt gegeben, sobald die Besetzung der Podiums kämpft ist. Wir erwarten eine spannende, aufschlußreiche Diskussion!

Donnerstag, 20. Nov. 2008 – 19.00 Uhr



Parteilose Linke, DKP und SDAJ

www.linkes-buendnis-dortmund.de

© 2007, 2008 - Alle Rechte vorbehalten 2007-2008